



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XV/127 - 3. Juni 1960

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 0886890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 1a	<u>Schlechte Fahrer bremsen scharf</u> "Konjunkturbremse" - und abendroin falsch angesetzt	88
2 - 3a	<u>Mehr tun für Entwicklungsländer!</u> Schwerwiegende Versäumnisse Von Dieter Bielenstein	105
4	<u>Moskau - Peking</u> "Koexistenz" unterschiedlich bewertet	26
4	<u>"Vorsichtigeres Heranschen"</u> Man spricht wieder von "Gipfel"	24
5	<u>Schmale Brücke zwischen West und Ost</u> Die Arbeit der UNO-Wirtschaftskommission für Europa Von Bruno Kuster, Genf	58
6	<u>Den Anfänger wehren!</u> Antisemitische Äußerungen und ihre Sühne	51
7 - 8	<u>Auch die Landschule muß mit der Zeit Schritt halten!</u> Essentielle Bemerkungen in Hessen Von Staatssekretär Dr. Walter Müller	60

Die nächste Ausgabe unseres Pressedienstes erscheint
am Dienstag, den 7. Juni 1960.

Wir wünschen unseren Freunden und Bekannten ein
fröhliches Pfingstfest.

D.Red.

* * *

Schlechte Fahrer bremsen scharf

rd. Die Bundesnotenbank hat die Kreditbremse nochmals angezogen. Wie sie sagt, soll damit das sich steigernde Tempo des Konjunkturverlaufs gestoppt werden; im Hintergrund steht jedoch die Schwindsucht unserer D-Mark, von der auch Finanzminister Etzel kürzlich feststellte, dass sie jährlich zwei bis drei Prozent ihrer Kaufkraft verliere. Diese bisher schleichende Inflation drückt sich anscheinend in eine galoppierende verwandeln zu wollen, anders wäre die doppelte Bremse der Bundesnotenbank nicht zu verstehen.

Am 1. Juni hat die Notenbank 12,5 Milliarden DM Spargelder stillgelegt, sie erhöhte die Mindestreserven der Kreditinstitute. Die Auswirkung dieser Kreditbremse war noch nicht zu übersehen, da setzte der Zentralbankrat zum 3. Juni auch noch den Diskont von 4 auf 5 Prozent herauf. Die Wirkung beider Bremsen wird sein, dass die kreditbedürftigen Kreise, die mittleren und kleinen Unternehmen, der Wohnungsbau, -die Kommunen usw. aus dem Markt gedrängt werden. Der notwendige Kredit wird für sie zu teuer. Ob damit aber die Nachfrage an unsere Erzeugung getremst und die Konjunkturüberhitzung gedämpft wird, darf angezweifelt werden.

Überhitzung der Konjunktur droht vorwiegend im Bereich der Investitionsgütererzeugung und in Teilen der Grundstoff- und Verbrauchsgüterindustrie. Sie wird jedoch hauptsächlich durch wachsende Auslandsaufträge erzeugt. Trotz der zuwachsenden Produktionskapazität unserer Wirtschaft werden die Lieferfristen länger, und diese hohe Nachfrage treibt die Preise. Die Bundesnotenbank fürchtet nun, die aus Lohn- und Gehaltserhöhungen, Rentenaufbesserungen und erhöhten Subventionen, insbesondere aber durch den Zufluss von Devisen und deren Umwandlung in D-Mark steigenden Einkommen, könnten die Nachfrage noch mehr verstärken und dem Preisaufrtrieb erhöhtes Tempo geben. Ihre Kreditbremsen haben den Zweck, diese Inlandnachfrage zu drosseln. - Welch ein Widerspruch, dass man uns zum verstärkten Sparen anhält, das gesparte Geld aber nicht als Kredite in die Wirtschaft leitet, damit es dort neue Produktionsmöglichkeiten schafft, sondern stilllegt und durch hohe Zinsen verteuert!

Es wird zwar von den Verantwortlichen in der Bundesbank und Bundesregierung nicht übersehen, aber doch ignoriert, dass die Inlandnachfrage aus Konsumereinkommen nicht in die gleichen Bereiche geht wie die Auslandsnachfrage; auch nicht in die gleichen Bereiche wie die Inlandnachfrage aus dem Einkommen der Selbständigen. Die Konsumereinkommen fragen hauptsächlich Konsumgüter und nur teilweise Verbrauchsgüter nach; die Einkommen der Selbständigen und die Auftraggeber des Auslandes fragen nach Grundstoffen, Investitions- und Verbrauchsgütern. Wenn man also noch so viel Konsumgütererzeugung aus Arbeitseinkommen bremst, so bekommt man dadurch noch kein Jota Investitionsgüterkapazität frei und bremst auch nicht

3. Juni 1960

die Investitionsgüterpreise. Wenn man den Wohnungs- und Strassenbau auch vollends lahmlegen würde, so wäre damit noch kein Grundstoff und keine Maschine für den Export gewonnen. Die globalen Bremsen der Bundesnotenbank wachsen sich allmählich zu einem wirtschaftspolitischen Unfug aus.

Es wäre ebenso Unfug, den Export stoppen zu wollen. Zu stoppen wäre der Exportüberschuss durch einen ausgleichenden Import. Die Kreditbremsen treffen auch weder den Export, noch die Exportgüterindustrie und nicht die Auslandsnachfrage. Wer hindert unsere Industrie oder die Auslandsbesteller, die für die Auftrags-erfüllung notwendigen Kredite im wesentlich zinsbilligeren Ausland aufzunehmen? Der Zentralbankrat hat zwar durch das Zinsverbot für Auslandseinlagen auf deutschen Banken den Zustrom "heissen Geldes" behindert, vermag jedoch die Direktkredite - Vorauszahlungen - der Auslandskäufer an die Herstellerfirmen nicht einzudämmen. So treffen die Kreditrestriktionen nur Inlandskreise, und zwar gerade jene, die weder an der Konjunkturüberhitzung noch an Kaufkraftverfall Schuld tragen.

Wollte man ernsthaft dem Kaufkraftverfall Einhalt gebieten, und wäre auch die Begründung ernst zu nehmen, die Konsumnachfrage aus Löhnen, Gehältern und Renten, z.B. der für dieses Jahr erwartete Zuwachs von zehn Milliarden DM Arbeitseinkommen, drohe die Preise zu treiben, und die Inflation zu beschleunigen, so gäbe es dagegen etliche sehr probate Mittel. Voraussetzung wäre allerdings eine aktive Konjunkturpolitik und ein wirtschaftspolitisches Konzept. Eine Möglichkeit wäre die Öffnung der Einfuhrschleusen, um einen Ausgleich zwischen Zahlungs- und Leistungsbilanz zu erzielen. Dem Exportüberschuss, der im Inland Einkommensüberschüsse entstehen lässt, muss durch erhöhte Einfuhren, die die Inlandsnachfrage abdecken, ein Gegengewicht gegeben werden. Aber das lässt wohl der Agrarprotektionismus bei uns nicht zu.

Ein noch wirksameres Mittel wäre, das zehnjährige Experiment mit der unterbewerteten D-Mark zu beenden. Das würde die Auslandsnachfrage und den Inflationstrend gründlich bremsen. Aber dann hätte man neben der Landwirtschaft wohl auch noch die Industrie auf dem Hals.

Einfacher als Wirtschaftspolitik und Konjunkturpolitik zu betreiben scheint es den Verantwortlichen, den bequemsten, wenn auch falschen Weg zu gehen, weil er der Weg des geringsten Widerstandes ist. Aus der schleichenden Inflation führt er nicht heraus, allenfalls aus der Konjunktur, und das wäre eine Blaxage für die mit den Mitteln eines vergangenen Jahrhunderts betriebene liberale Marktwirtschaft.

+ + +

Mehr tun für Entwicklungsländer!

Von Dieter Bielestein

Ein großes Lehr- und Forschungszentrum für Asien- und Afrika-wissenschaften wird auf Veranlassung des Staatssekretariats für das Hoch- und Fachschulwesen der SBZ an der Universität Leipzig aufgebaut. Bis 1965 sollen dort 60 Lehrkräfte tätig sein. Schwerpunkte der Ausbildung sind die Beherrschung der jeweiligen Landessprachen afrikanischer und asiatischer Länder und die Kenntnis ihrer politischen, wirtschaftlichen und sozialen Lage. "Die Unterstützung der von Kolonialismus sich befreienden und befreiten Völker" ist nach Auffassung der SED das wichtigste Ziel, wobei der Marxismus-Leninismus auch hier zur Grundlage der Arbeit gemacht wird. Die Lehrkräfte will man in Vereinbarung mit dem Ministerium für Außenhandel und dem Institut für Auswärtige Angelegenheiten berufen.

Pankow vergibt Stipendien

Die SED wird mit der Schaffung dieses Zentrums für alle Hochschulen in der SBZ eine breite Gruppe von Experten ausbilden, um ihre diplomatische und wirtschaftliche Offensive in den Entwicklungsländern wirkungsvoller als bisher zu gestalten. Es liegt ganz im Zuge dieser Entwicklung, das die FDJ in diesen Tagen ein umfangreiches Programm zur Zusammenarbeit mit der Jugend Afrikas vorlegte. Studienreisen, Ausbildungsprogramm und der Austausch von Informationsmaterialien sind darin vorgesehen. Die Zahl der Hochschulstipendien und der Industriepraktikantenplätze in der SBZ für den akademischen und technischen Nachwuchs aus Entwicklungsländern ist in den letzten Jahren stetig gestiegen.

Unsere Hilfe für Entwicklungsländer sollte nicht ihre Begründung darin finden, daß die Ostblockstaaten hier politischen und wirtschaftlichen Einfluß suchen und daß das SED-Regime auf diesem Unweg seine völkerrechtliche Anerkennung erhofft. Die Bundesrepublik hat zu der Unterstützung der Entwicklungsländer bisher ihren Teil beigetragen, wenn auch manche Maßnahmen zu spät oder unzureichend getroffen wurde. Sicherlich war es aber mehr als die bislang durchschaubaren Manöver der Ulbricht-Propagandisten in Asien und Afrika. Der Erfolg dieser SED-Propaganda und ihre sorgfältige und langfristige Vorbereitung sollten uns aber aufhorchen lassen. Und einige der bisherigen Versäumnisse gilt es schleunigst zu beheben.

Junge Führungskräfte fehlen.

Der Bundesverband der Deutschen Industrie klagt über Nachwuchsmangel für seine Aufgaben in den Entwicklungsländern. Im "Gesprächskreis Wissenschaft und Wirtschaft" erklärte Generaldirektor Hermann Reusch kürzlich, es fehle in Besorgnis erregender Weise überall an sprachlich, politisch und allgemein vorgabildeten jungen Führungskräften, die unsere Wirtschaft in Übersee wirksam vertreten könnten. Doch die Industrie ist nicht der einzige Bereich, wo dieser Nachwuchsmangel empfindlich spürbar wird. Im Auswärtigen Amt sucht man vergeblich nach Kennern afrikanischer und asiatischer Sprachen. Die Anfragen der UNESCO nach hochbezahlten Experten für das technische Hilfsprogramm müssen wir häufig bedauernd ablehnen. Uns angebotene Gastdozenturen bleiben unbesetzt; es fehlt an Sprachdozenturen, Auslandslehrern, jungen Kaufleuten und Technikern, die speziell vorgebildet und mit gutem Allgemeinwissen über die Entwicklungsländer ausgestattet, die täglich neu entstehenden Aufgaben in Übersee lösen können.

Im vorigen Jahr studierten nur 16 Studenten und Jungakademiker unserer Hochschulen mit Hilfe von Bundesmitteln in Afrika, Asien und Südamerika. Dazu kommen einige wenige, die von einzelnen Instituten, Stiftungen oder der Industrie hinausgeschickt wurden oder mit eigenen Mitteln und auf eigene Faust nach Übersee gingen, um Erfahrungen zu sammeln und ihre Ausbildung zu ergänzen.

"... Eindruck des Plan- und Zusammenhanglosen "

An unseren Hochschulen werden zwar afrikanische und asiatische Sprachen gelehrt. Doch "der derzeitige Gesamtlehrerplan der Bundesdeutschen Universitäten für asiatische und afrikanische Sprachen ruft über Eindruck des Planlosen und Zusammenhanglosen hervor", heißt es in einer kürzlich veröffentlichten sorgfältigen Analyse der Asien- und Afrikawissenschaft. Die Arbeit wurde bisher auf diesem Gebiet auf einer philologisch-historischen Grundlage aufgebaut. Die soziale, wirtschaftliche und politische Wirklichkeit der Entwicklungsländer blieb nahezu außer Betracht. Und da die ganze Ausbildung an den praktischen Erfordernissen und an der Verwertbarkeit im Berufsleben vorbeigeht, ist es an den einzelnen Hochschulen kaum jeweils ein halbes Dutzend von Studenten, die sich diesen Fächer zeitweilig zuwenden.

Prof. Weisser forderte kürzlich auf einer gemeinsamen Tagung der Friedrich-Eoert-Stiftung mit der Deutschen UNESCO-Kommission, daß wir uns stärker um die Erforschung sozialer und kultureller Auswirkungen von Aufbauprogrammen in Entwicklungsländern bemühen müssen. Die schnelle Industrialisierung wird sonst dort unweigerlich zu schweren sozialen Zusammenstößen, wenn nicht zur Maschinenstürmerei führen. Doch wer, so muß man in anbetracht der oben genannten Zahlen fragen, soll diese Aufgabe lösen?!

Tropfen auf einen heißen Stein

Wenn es nicht gelingt, unseren eigenen Nachwuchs an den Hochschulen und in der Wirtschaft an die Aufgabe der Entwicklungsländerhilfe heranzuführen, dann wird der ohnehin bescheidene Beitrag der Bundesrepublik für die Entwicklungsländer vergeudet sein. Diese Aufgabe läßt sich nicht allein durch Finanzmittel des Bundes und durch Kredite für die Wirtschaft lösen. Sie erfordert ein planvolles Zusammenwirken des Bundes, der Länder, der Hochschulen und der Wirtschaft. Wir sollten durch Stipendien für unseren akademischen Nachwuchs die Möglichkeit schaffen, vor und nach dem Abschluß des Studiums wissenschaftlich und praktisch in Übersee zu arbeiten. Die in diesem Jahr vorgesehenen 600 000 DM für diesen Zweck sind ein Tropfen auf dem heißen Stein. 76 Prozent der Bewerbungen für ein Auslandsstudium mußten abgelehnt werden. Ebenso werden wir aber nach entsprechenden Ausbildungsmöglichkeiten für Führungskräfte aus allen Schichten der Gesellschaft suchen müssen. Der junge Gewerkschaftler sollte genauso wie der junge Kaufmann im Ausland tätig werden. Die Entwicklung in Guinea hat uns gelehrt, daß politische Strömungen und daß das Verhältnis der Völker Afrikas und Asiens zu uns nicht mehr von den mehr oder minder gelungenen Schritten unserer Berufsdiplomatie allein abhängen.

Solche Überlegungen wären ein besserer Ansatzpunkt für die Bundesregierung, um die berechtigten Sorgen wegen unserer Stellung zu den Staaten Asiens und Afrikas zu beheben. Das Spiel mit den 26 Millionen des Bundespresseamtes, um mit einer kurzzeitigen Auslandspropaganda über die politischen Verechnisse der Bundesregierung hinwegzutäuschen, ist jedoch von vornherein verloren.

Moskau - Peking

sp - Zwischen der Sowjetunion und der dritten Weltmacht von morgen, China, scheint - obwohl beide Riesenreiche einer gemeinsamen Ideologie huldigen - nicht alles zum besten zu stehen. Es hapert schon mit der gemeinsamen Ideologie. Der sowjetische Ministerpräsident Chruschtschow glaubt auch nach dem Pariser Scherbenhaufen, den sein Auftritt dort hinterlassen hat, an eine, wenn auch nicht gerade harmonische Koexistenz zwischen West und Ost, zwischen dem kommunistischen und dem freiheitlich bestimmten Gesellschaftssystem. Er hält - und man kann ihm das glauben - den Krieg im Atomzeitalter nicht für die geeignete Methode zur Lösung strittiger Fragen. Seine großen Brüder in Peking denken nicht so; für sie ist eine Koexistenz zwischen Kommunismus und Kapitalismus nicht vorstellbar, sie halten sie für unmöglich. Die Widersprüche mit den "Imperialisten" sind für sie eine Frage "auf Leben und Tod". Dieser Gegensatz zwischen Peking und Moskau ist viel ernster, als er sich auf den ersten Blick ansieht. Es geht hier nicht nur um die Auslegung von Begriffen, es geht um praktische Verhaltensweisen in der Politik. Für die chinesischen kommunistischen Führer scheint die kriegerische Auseinandersetzung mit der "kapitalistischen Welt" ein notwendiger Bestandteil des "gesellschaftlichen Fortschritts" zu sein - was sie oben darunter auch immer verstehen mögen. Sie glauben außerdem auch, einen Atomkrieg als vollreichste Nation der Erde besser als andere Völker überstehen zu können - von den 600 Millionen Chinesen dürften nach der in Peking herrschenden Anschauung immer noch einige hundert Millionen übrig bleiben. Sie sind nach alledem weniger an der Verhinderung eines dritten Weltkrieges interessiert. Ein wahrhaft unberuhigender Aspekt, der auch Moskau viele Sorgen über seinen großen Nachbarn in Asien bereiten dürfte. + + +

"Vorsichtigeres Herangehen"

sp - Von einer neuen vorsichtigen Annäherung an den "Gipfel" wird seit einigen Tagen im Anschluß an die Unterredungen der Außenminister der USA, Großbritanniens und Frankreichs in Washington gesprochen. Damit ist zum ersten Mal wieder seit dem gescheiterten oder nicht zustandekommenen Gipfeltreffen von Paris auf westlicher Seite die Notwendigkeit neuer internationaler Verhandlungen auf höchster Ebene anerkannt worden. Nur will man es diesmal vorsichtiger machen. Es scheint so, als werde zugegeben, daß die persönliche Reisediplomatie der Staatschefs keineswegs ausreicht, um große internationale Probleme zu klären. Deshalb soll - das ist offenbar der gemeinsame Wille des Westens - die traditionelle Diplomatie stärker als bisher eingeschaltet werden. Ein solcher Vorsatz ist zu begrüßen, da in den letzten Jahren die Diplomaten mehr oder weniger die Funktionen von Briefträgern ausübten, deren Tätigkeit sich darauf beschränken mußte, mündlich oder schriftlich fixierte Gesprächsergebnisse ihrer Chefs weiterzuleiten. Vielleicht war das auch einer der Gründe, die in Paris den Eindruck entstehen ließen, als sei die Diplomatie vom "Gipfel" ausgeschaltet. Andererseits sollte man jetzt aber nicht wieder den Fehler begehen und glauben, daß Moskau auf das Mittel der direkten Aktion und auf die Beeinflussung der Weltmeinung verzichten wird. Sonst könnte man erleben, daß auf der einen Seite nur in den Kabinetts der Geheimdiplomatie Politik gemacht wird, während die andere Seite alle Mittel der modernen Technik und Meinungsbeeinflussung einsetzt, um diplomatische Aktionen zu durchkreuzen. Das wäre dann auch wieder eine schlechte Ausgangsposition für das Bestehen eines neuen "Gipfels". + + +

Schmale Brücke zwischen West und Ost

Von Bruno Kuster, Genf

Wenn man versucht, die Ergebnisse der letzten Tagung der Wirtschaftskommission der UNO für Europa, der 28 Länder angehören, zusammenzufassen, möchte man fast sagen, das wichtigste Ergebnis bestehe darin, daß sie getagt hat, stellt sie doch eine der wenigen permanenten Kontaktstellen zwischen den beiden Hälften Europas dar. Von viel sichtbarerem Nutzen sind die Untersuchungen und Berichte des Sekretariates dieser Kommission, die eine Fülle wirtschaftlichen Tatsachermaterials enthalten.

Außer dem sowjetischen Vorschlag, an den Gespräche über die Gestaltung der Nachfolgeorganisationen der OEEC teilzunehmen, der von den Westmächten sofort zurückgewiesen wurde, ist vor allem festzuhalten, daß die östlichen Delegierten die Kommission als eine Propagandatribüne betrachten und ihre Berühungen darauf ausrichten, ihren diesbezüglichen Wirkungskreis noch auszudehnen. Es ist sehr wenig von einer echten Bereitschaft, gemeinsame Probleme sachlich zu erörtern und zu lösen, zu spüren.

Trotzdem konnten zwölf Entschlüsse größtenteils einstimmig gefaßt werden, die zweifellos gewisse praktische Möglichkeiten bieten. So wurde beschlossen, die Bemühungen zugunsten des wirtschaftlichen und technischen Erfahrungsaustausches auf dem Gebiete der Wirtschaft, der Technik und der Statistik weiterzuführen. Wenn man hier dank eines recht regen Austausches von Besuchsdelegationen auf einige praktische Ergebnisse hoffen kann, so hat man andererseits Mühe, sich vorzustellen, wie das Sekretariat der Wirtschaftskommission in der gegenwärtigen Lage die Regierungen bei der Ausarbeitung und der Durchführung industrieller Projekte wirksam beraten könnte. Jedenfalls erhielt es mit diesem Beschluß eine Aufgabe, die sich in der Zukunft als bedeutungsvoll erweisen könnte.

Ein lebhafteres Interesse scheint für den Vorschlag vorhanden zu sein, eine Konferenz der wichtigsten Wirtschaftsberater der europäischen Regierungen einzuberufen. Die allfälligen Verhandlungsgegenstände wurden allerdings noch nicht bezeichnet.

Unmittelbare praktische Auswirkungen dürfte der Beschluß zeitiger, mit dem die Staaten, welche der Konvention von 1949 über den Straßenverkehr beigetreten sind, eingeladen werden, den internationalen Führerschein - soweit das noch nicht bereits der Fall ist - spätestens vom Jahre 1962 an anzuerkennen. Damit dürften die Formalitäten, die den Personen- und Warenverkehr mit Kraftwagen noch behindern, weiter vereinfacht werden.

Eher platonisch wirkt dagegen der Beschluß, die unterentwickelten Länder wirksamer zu unterstützen; nötig wäre zu diesem Zwecke ein gesamt-europäisches Programm... Ebenfalls war man sich einig im Wunsche, die Methoden des Außenhandels zu verbessern. Dabei denkt man in erster Linie an praktische Maßnahmen zur Vereinfachung des Handels- und Zahlungsverkehrs zwischen den Mitgliedstaaten. Weitere Beschlüsse bezwecken eine engere Zusammenarbeit mit den übrigen regionalen Wirtschaftskommissionen der UNO und legen die eigene zukünftige Tätigkeit fest.

Besondere Aspekte der Wirtschaft, wie die Rolle der chemischen Industrie, die Energieversorgung und die Auswirkungen der Automation, sollen eingehender untersucht werden. Hält man diese Ergebnisse den wirklichen Bedürfnissen unseres Kontinents gegenüber, kann man ein Gefühl bitterer Enttäuschung nicht unterdrücken. Realistischer ist es aber, unseren Maßstab am Nullpunkt anzulegen, um zur Feststellung gelangen zu können, daß zwischen West und Ost eine wenn auch schmale Brücke besteht, die jederzeit ausgebaut werden kann. Auch ist als Symptom erwähnenswert, daß sich das Rinnsal östlicher Wirtschaftsnachrichten in den letzten Jahren immerhin zu einem Bach entwickelt hat. +++-6-

Den Anfängen wehren

H.G.S. Auf dem letzten Berliner Diskussionsforum des Jugendkreises "Interconfessionales" im Jüdischen Gemeindehaus Berlin berichtete der junge Diskussionsleiter den Teilnehmern von einem Zwischenfall, den er kürzlich in einem Berliner Lokal erlebt hatte. Er war von einem angetrunkenen Mann als "Judenlämmel" beschimpft worden. Der Anlass war nichtig. Der junge Mensch, Kandidat einer Fakultät der Freien Universität, war besonders verblüfft, dass niemand im vollbesetzten Lokal sich gegen diese Äusserung erhob. Hier fehlte es offenbar an Zivilcourage. Das Groteske an dem Zwischenfall ist die Tatsache, dass der Berichtende kein Jude ist. Ein ernstes Beispiel zur Frage "Antisemitismus ohne Juden", wie Dr. van Dam diesen Ausdruck unserer Zeit benannt hat.

Dieser Vorfall ist ohne Folgen geblieben. Zwei andere Vorfälle in Berlin wurden jetzt von Gerichten beurteilt und zwar in Urteilen, die heftige Kritik in der Berliner Lokalpresse hervorgerufen haben, da sie ganz offenbar zu milde ausfielen.

Der 38-jährige Günter T. aus Neukölln hatte Hakenkreuze geschmiert und einer Betriebskollegin gegenüber geäußert "Die Juden sind schon wieder an der Macht". "Es sind viel zu wenig vergast worden". Vor Gericht hatte sich der Angeklagte dahin geäußert, er habe die Kollegin bewusst provoziert, um ihre innere - von ihm als "linke" charakterisierte - Einstellung zu testen. Er sei Betriebsratsmitglied gewesen und habe deshalb mit dieser Provokation dem Betrieb dienen wollen(!).

Auch das Anbringen der Hakenkreuze sei beabsichtigt gewesen, um eine "Aufklärung" zu erreichen. Dass man ihm seine Handlungen heute so auslege, sei eben "Pech". Der Angeklagte erhielt - als unglaublich befunden - drei Monate Gefängnis mit dreijähriger Bewährungsfrist.

Das gleiche Gericht verurteilte den 25-jährigen BVG-Schaffner Klaus R. wegen öffentlicher Beleidigung zu drei Monaten Gefängnis (mit Aussetzung) und Geldstrafe von DM 150,-. Der Angeklagte ist ein glühender Verehrer der Sängerin Zarah Leander. Er hat diese Künstlerin, die auch im Dritten Reich sehr populär in Deutschland wurde, jüngst im Berliner Titania-Palast gehört. Als ein anderer Zuhörer nicht bereit war, so begeistert zu applaudieren wie er selbst, forderte er diesen und seine Ehefrau energisch zum Applaus auf. Als das nichts fruchtete, rief er aus: "So etwas müsste in Auschwitz verbrannt werden!" Eine antisemitische Beleidigungsabsicht bestritt er vor Gericht.

Alle drei Vorfälle zeigen, welche innere Verwirrung hinsichtlich der Vergangenheit auch in der liberalen und weltaufgeschlossenen Stadt Berlin noch herrschen. Besonders bedrohlich erscheint, dass jüngere Menschen sich zu so abgefochtenen Äusserungen, die sie inhaltlos nachplappern, hinreissen lassen.

Beachtlich erscheint weiter die entrüstete Reaktion der Berliner Öffentlichkeit, vor allem hinsichtlich der von vielen Zeitungen als "viel zu milde" charakterisierten Urteile.

Der betrüblichen Erfahrung solcher Äusserungen ist jedoch immer wieder entgegenzusetzen, dass - unter anderem auch in dem Jugendgesprächskreis - solche verbalen Ausschreitungen vom grössten Teil der Jugend und einem sehr beachtlichen Kreis der Erwachsenen als verdammungswürdige "Einzelfälle" bezeichnet werden. Es ist zu hoffen, dass diese dunklen Keime einer neuen üblen Saat eines Tages ganz absorbiert werden können und einer Haltung mit Vernunft und Anstand weichen.

Auch die Landschule muss mit der Zeit Schritt halten !

Von Staatssekretär Dr. Walter Müller

Der Ruf nach der Schulreform macht auch vor der Landschule nicht halt, denn auch im Dorf haben sich die Verhältnisse unverkennbar gewandelt. Die frühere Abgeschlossenheit ist durch Presse, Rundfunk und Fernsehen überwunden. Öffentliche und private moderne Verkehrsmittel verbinden die Ortschaften des Landes untereinander und mit der Stadt. Die Rationalisierung der Landwirtschaft erfordert auch vom Bauern in steigendem Maße technische Kenntnisse, und die Konsumgewohnheiten des Dorfes unterscheiden sich in Bekleidung, in der Wohnungseinrichtung und in vielen anderen Dingen kaum noch von denen der Stadt. Interessant ist, dass auch die Berufswünsche der Volksschulabgänger in Stadt und Land weitgehend übereinstimmen. Die meisten entscheiden sich hier wie dort für einen Lehr- oder Alernerberuf im Handwerk und Handel, in der Industrie oder Verwaltung.

Allein die Schulverhältnisse des Landes haben sich dieser Entwicklung bei weitem noch nicht in befriedigendem Maße angepasst. Von den 2726 hessischen Volksschulen haben 2129 höchstens ein bis vier aufsteigende Klassen, ja 988 sind nur einklassig und 704 zweiklassig. In derartigen wenig gegliederten ein- bis vierklassigen Volksschulen werden noch 35 Prozent unserer Kinder betreut, während 65 Prozent den Vorzug geniessen, eine fünf- bis achtklassige Volksschule zu besuchen.

In diesen wenigen Zahlen zeigt sich die kulturelle Benachteiligung vieler Landkinder. Es ist selbstverständlich nicht möglich, in den kleinen ein- oder zweiklassigen Landschulen wie in der Stadt Spezialräume für den naturkundlichen Fachunterricht, Schulküchen, Werkstätten oder gar Turnhallen zu errichten. Auch die Ausstattung mit Lehrmitteln bleibt in der Regel unbefriedigend, und wenn schliesslich der Lehrer mehrere Jahrgänge gleichzeitig zu unterrichten hat, kann er jedem von ihnen nur einen beschränkten Teil seiner Zeit widmen.

Aus diesen Schwierigkeiten gibt es nur einen wirksamen Ausweg: Mehrere Dörfer gründen freiwillig einen Schulverband und schaffen dadurch die Möglichkeit, eine gemeinsame grössere durchgegliederte

Volksschule zu errichten. Zur Zeit bestehen in Hessen bereits 188 solcher Schulverbände; ihnen gehören 414 Gemeinden an. Andere Schulverbände sind im Entstehen.

Obwohl die Vorzüge derartiger Mittelpunktschulen, wie man sie nennt, offenkundig sind, machen sich noch manche Widerstände gegen sie geltend. Einmal wird es für schwierig erklärt, die Kinder aus mehreren Dörfern zu der zentralen Mittelpunktschule zu befördern. Allein auch auf dem Lande gibt es heute gute Strassen und moderne Verkehrsmittel; der Einsatz von Schulbussen ist fernerhin möglich. Das Land Hessen hat bereits im Haushaltsjahr 1959 150 000 DM in seinen Haushaltsplan bereitgestellt, um zur Deckung derartiger Transportkosten beizutragen. Die gleiche Summe ist für 1960 vom Landtag bewilligt.

Auch bei der Gründung einer Mittelpunktschule kann der Lehrer weiterhin in den Dorf, das seine Schule aufgibt, wohnen und dort wie bisher das kulturelle Leben, besonders in unseren Dorfgemeinschaftshäusern gestalten. Die Finanzierung der Schulneubauten, die bei der Gründung von Mittelpunktschulen erforderlich sind, lässt sich gleichfalls ermöglichen, denn das Land Hessen leistet zum Schulneubau erhebliche Zuschüsse. Hierbei ist es durchaus zu vertreten, wenn diese bei der Errichtung von Mittelpunktschulen höher als der Landesdurchschnitt bemessen werden, weil der Bau einer achtklassigen Mittelpunktschule finanziell vorteilhafter ist, als etwa der Bau von vier zweiklassigen getrennten Dorfschulen, ganz abgesehen von den entscheidenden pädagogischen Vorzügen, welche eine solche Mittelpunktschule der Landjugend bringt. Ihr zu helfen, für ihren Lebensweg nicht schlechter als das Stadtkind ausgerüstet zu werden, mit dem sie in der Mehrzahl später in den beruflichen Wettbewerb treten muss, sollten sich deshalb alle fortschrittlichen Kräfte gemeinsam bemühen.